

Jeder Schritt zum Frieden ist zu begrüßen

Leserbrief zum Artikel „Beitritt zu ‚Mayors for Peace‘ abgelehnt“ vom 12. Februar 2026:

Zunächst gilt unser Dank Götz Schaub, dass er so umfänglich zu dem Kreistagsantrag von „Die Linke“ zum Beitritt des Landkreises Marburg-Biedenkopf in das Internationale Netzwerk der Mayors for Peace in der OP berichtet hat. Dass der Antrag von CDU, SPD, FDP, UWG und AfD abgelehnt wurde, ist sehr bedauerlich.

Jeder Schritt zum Frieden, und mag es nur ein Mosaikstein sein, ist zu begrüßen.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1920 der Völkerbund gegründet. Er hatte das Ziel, in Konfliktfällen zwischen Staaten zu vermitteln und die Einhaltung von Friedensverträgen zu überwachen. Ihm folgte die Gründung der UNO. Die Charta der Vereinten Nationen trat am 26. Oktober 1945 in Kraft, mit dem Ziel: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen (sind) ... fest entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren ...“ Die UNO steht vor einem Reformprozess. Gleichzeitig wird sie weiterhin geschwächt, unter anderem durch die USA, die einen „Friedensrat“ einberufen wollen. Vorsitzender des Friedensrats soll Trump selbst sein.

Es zeigt sich erneut in der Geschichte, dass das Völkerrecht mit Füßen getreten wird. Nicht umsonst haben sich nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg die Länder besonnen, ein Regelwerk zu installieren, das sie vor künftigen Kriegen schützen soll. Nun sind wir geschichtlich wieder in einer Phase der Hochrüstung angelangt, indem deutsche Politiker:innen fordern, sogar eine deutsche Atombombe oder eine europäische Fähigkeit, Atombomben einzusetzen.

Weltweit gibt es über 12.000 Atomwaffen, davon sind über 3.900 sofort einsatzbereit. Die Mayors for Peace haben zum Ziel, „Atomwaffen zu ächten und weltweit abzuschaffen“.

Dass im Antrag der „Linken“ weder „Friede noch Vernunft“ stecke, ist aus meiner Sicht völlig danebengegriffen.

Auch wird damit keine Klientelpolitik betrieben, da es objektiv vernünftig ist, sich gegen Atomwaffen auszusprechen.

Wer auf „Abschreckung“ setzt, leugnet die Gefahr eines Atomwaffenkrieges – wie und durch wen auch immer verursacht.

Die Strategie der militärischen Stärke verbraucht enorme Naturressourcen, die nicht mehr umfänglich vorhanden sind, und sie treibt die Klimakatastrophe noch schneller voran. Wer sich, wie der Landkreis, für klima- und energiepolitische Ziele einsetzt, muss sich auch gegen Atomwaffen einsetzen, alles andere ist eine Farce. Da können wir nur der SPD gratulieren, dass sie wenigstens zwei Mitglieder im Landkreis hat, die Mayors for Peace sind und die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Christa Winter, Marburg